

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Mitglieder,

das Jahr 2010 brachte durch das einschneidende Ereignis des Bürgerentscheids zum Standort eines Kongresszentrums einige Pläne der Stadtverwaltung ins Wanken. Die BÜRGER FÜR HEIDELBERG befassten sich mit vielen Problemen der Stadtentwicklung und der Lebensqualität in unserer Stadt:

### • Leben in der Altstadt •

Das Thema Lärm, Verschmutzung und Randale in der Altstadt beschäftigte die BÜRGER FÜR HEIDELBERG auch im vergangenen Jahr erheblich. Der Runde Tisch tagte mehrere Male. Bei seiner letzten Sitzung im März legte die Stadtverwaltung ein 58-Punkte-Handlungskonzept vor. Ende 2010 fand eine Informationsveranstaltung mit Rückblick und Ausblick statt: Von den 58 Punkten seien laut Stadtverwaltung 37 Punkte umgesetzt worden. Der Kommunale Ordnungsdienst wurde von 6 auf 8 Mitarbeiter aufgestockt. In der wichtigsten Zeit, zwischen 24 und 6 Uhr, gibt es aber wegen mangelnder Finanzierbarkeit und Mitarbeitersicherheit keine Ausweitung seiner Präsenz. Weiter bestehen bleibt das Problem des Alkoholkonsums im öffentlichen Raum, da ohne entsprechende Landesgesetzgebung keine Handlungsmöglichkeit seitens der Stadt bestehe. Es wurde ein 24-Stunden-Beschwerdetelefon eingerichtet, mit dem man unter der Nummer 58-22222 nachts allerdings nur die Polizei erreicht und damit weiterhin wenig Abhilfe bei nächtlichen Störungen erhoffen kann.

Erfreulicherweise wurde im letzten Jahr die Zahl der Veranstaltungen auf Altstadtplätzen gegenüber 2009 nahezu halbiert (jetzt 51 statt 95), und auch das Public Viewing der Fußball-WM fand nicht auf dem Uniplatz sondern am Tiergartenschwimmbad statt. Geplant ist, öffentliche Toiletten im Sozialamt am Fischmarkt einzurichten und einen Moonliner-Bus über die Hauptstraße fahren zu lassen, der die Nachtschwärmer aus der hinteren Altstadt hinausbefördert, um so – hoffentlich - den Gaststätten-Folgelärm zu verringern.

Beschwerden gegen Gaststätten seien, so die Stadtverwaltung, häufig unbegründet: Deren Fenster seien ab 22 Uhr geschlossen und es gebe in den einschlägigen Lokalen Ordnungspersonal. Das Lärmproblem ist aber bei weitem nicht gelöst: Beispielsweise wurde bei Messungen am Fischmarkt der zulässige Schallpegel in 90% der Fälle erheblich überschritten. Der Hauptlärm im öffentlichen Raum könne, so die Stadt, mit den derzeit geltenden ordnungsrechtlichen Mitteln nicht wesentlich reduziert werden.

### • Bürgerentscheid zum Stadthallenbau •

Das Jahr 2010 war geprägt von der Auseinandersetzung um die Erweiterung der Stadthalle. Die Mehrheit des Gemeinderates hatte einen Anbau an das bestehende Gebäude beschlossen, um damit die Stadthalle für größere Kongresse nutzen zu können. Es war nicht nur die architektonische Phantasielosigkeit des Anbaus, die die Heidelberger ablehnten – es war die mangelnde Sensibilität, mit der zusätzliche Funktionen und mehr Verkehr in die Altstadt gepresst werden sollten. Für den Anbau sollte ein Haus mit 12 Wohnungen weichen, ebenso die beiden Parks, die der über 100 Jahre alten Stadthalle einen stilvollen Rahmen geben. Unmittelbar nach dem Gemeinderatsbeschluss formierte sich Protest in der gesamten Bevölkerung – nicht nur bei den Altstadtbewohnern. So kamen innerhalb von sechs Wochen fast doppelt so viele Unterschriften zusammen wie für ein Bürgerbegehren notwendig waren. Mit dem Bürgerentscheid vom 25. Juli 2010 verhinderten die Heidelberger den Stadthallenbau und

stimmten für den Erhalt der Plätze, der Sozialwohnungen und für den vertrauten Anblick - mit insgesamt 67% der abgegebenen Stimmen, was zeigt, dass Parteipolitik oder Eigennutz keine Rolle spielten. Als Reaktion auf dieses Abstimmungsergebnis beschloss die Stadtspitze, „Projekte mit den Bürgern länger im Vorfeld zu erörtern“ (RNZ 26.7.2010). Seitdem wird – neben einem neuen Standort für ein Kongresszentrum – verstärkt der Dialog mit den Bürgern gesucht, was zum neuen Projekt „Bürgerbeteiligung“ geführt hat.

### • Bürgerbeteiligung •

Im November 2010 hatte das „dai“ zu einer Podiumsdiskussion mit dem Thema „Bürgergesellschaft Heidelberg“ eingeladen. Mit auf dem Podium saß neben Oberbürgermeister Dr. Würzner u.a. auch ein Vertreter der BÜRGER FÜR HEIDELBERG. In der Diskussion wurde deutlich, dass zwar viel über Bürgerbeteiligung gesprochen wird, es aber kaum klare Vorstellungen über ihre Konkretisierung in Heidelberg gibt. In einem informellen Gespräch nach Ende der Veranstaltung bat Oberbürgermeister Dr. Würzner die BÜRGER FÜR HEIDELBERG, ihre Vorstellungen von einer Bürgerbeteiligung zu formulieren und ihm zukommen zu lassen. Eine Arbeitsgruppe entwickelte daraufhin das Konzept „Die Heidelberger Bürgerbeteiligung“, stimmte es mit dem Netzwerk der Bürgerinitiativen ab und übersandte es Ende Dezember 2010 an den Oberbürgermeister. Dieses Konzept wird im neuen, vom Gemeinderat ins Leben gerufenen „Arbeitskreis zur Entwicklung von Leitlinien für die Bürgerbeteiligung in Heidelberg“ zur Diskussion gestellt. Dieser Arbeitskreis, dem je vier Vertreter des Gemeinderates und der Stadtverwaltung sowie fünf Vertreter aus der Bürgerschaft, davon ein BÜRGER FÜR HEIDELBERG, angehören, nahm Anfang 2011 seine Arbeit auf.

### • StadtRaumFluss - Magistrale •

Mit der Magistrale legen die BÜRGER FÜR HEIDELBERG ein alternatives Konzept zur städtischen Tunnelplanung vor, um die „Stadt an den Fluss“ zu bringen, ein Ziel, das die BÜRGER schon seit Jahrzehnten verfolgen. Das Magistrale-Konzept reicht weit hinaus über den Versuch einer rein verkehrlichen Lösung für den Durchgangsverkehr vom Neckartal zum Autobahnstutzen in Bergheim. Vorgesehen sind u.a. eine Verbesserung des gesamtstädtischen Verkehrsnetzes und eine Neugestaltung der wichtigen Plätze: Adenauerplatz, Bismarckplatz, Römerkreis, Bahnhofsvorplatz sowie Bergheimer Kreis für die Autobahnanbindung.

Um den erweiterten städteplanerischen Aspekten Rechnung zu tragen, heißen das Konzept und die neue Broschüre „StadtRaumFluss – Magistrale“. In mehreren Arbeitssitzungen wurde dieses Konzept fortentwickelt, wobei einige Anregungen aus Diskussionen mit Gemeinderatsfraktionen einfließen.

Die Stadtverwaltung erbat die neue Fassung der Broschüre: Sie will im Rahmen einer nicht näher spezifizierten „Bürgerbefragung“ fünf Varianten zur „Stadt an den Fluss“ zur Abstimmung stellen. Der Verein BÜRGER FÜR HEIDELBERG lehnt solche juristisch nicht haltbaren, methodisch zweifelhaften und nicht legitimierten „Bürgerbefragungen“ ab. Eine solche „Bürgerbefragung“ hat auch nichts mit einer gestaltenden Bürgerbeteiligung zu tun wie sie derzeit von einem Gremium erarbeitet wird.

Bevor man die Magistrale und den Neckarufertunnel vergleichen und bewerten kann, muss das Magistrale-Konzept eine ähnliche Planungstiefe bekommen wie die Tunnel-Varianten, für die von der Stadt schon 4,5 Mio. € ausgegeben wurden. Erst dann sollten technisch ausgereifte, mit einem soliden Finanzkonzept versehene und förderfähige Varianten in der Öffentlichkeit vorgestellt und diskutiert werden. Auf einer solchen Grundlage lassen sich Entscheidungen treffen, welcher Weg die Stadt am besten an den Fluss bringt. Das Projekt „Stadt an den Fluss“ ist geradezu prädestiniert dafür, als Instrument der gestaltenden Bürgerbeteiligung erprobt zu werden.

### • Verkehrsplanungen: Altstadt / ÖPNV-Liniennetz-Optimierung / Mobilitätsnetz •

Um das Projekt Neckarufertunnel voranzubringen, wurden von der Stadtverwaltung im Laufe des Jahres 2010 mehrere einander widersprechende Verkehrskonzepte erarbeitet, mit denen wir uns immer wieder ausführlich beschäftigt haben:

Im April 2010 stellte die Verwaltung einen **veränderten Verkehrsplan für die Altstadt** nach Fertigstellung des Neckarufertunnels vor. Er sollte u.a. den Neckarstaden fast völlig verkehrsfrei machen. Dort sollte als einziges öffentliches Verkehrsmittel alle 20 Minuten ein Kleinbus zwischen Bismarckplatz und Karlstor fahren. Privater Verkehr sollte gänzlich verboten sein. Und das, obwohl damals noch der Anbau an der Stadthalle und eine Zunahme an Kongressteilnehmern angestrebt war.

Dann schlug das Regierungspräsidium vor, eine **Straßenbahn auf dem Neckarstaden** bis zum Karlstor zu bauen, um dadurch den Neckarufertunnel notwendig und förderungsfähig werden zu lassen. Jetzt will die Verwaltung alternative Führungen für eine Straßenbahnlinie in die Altstadt erneut untersuchen lassen (Neckarstaden im Vergleich zur Ebert-Anlage). Gegenwärtig gilt aber noch der Gemeinderats-Beschluss von 1999 (auf Basis eines Gutachtens von 1998), eine Straßenbahnlinie über die Ebert-Anlage zum Uniplatz zu bauen – mit der Option einer Weiterführung durch die Hauptstraße zum Karlstor.

Im Herbst 2010 stellte das Ingenieurbüro TTK aus Karlsruhe das Gutachten „**ÖPNV-Liniennetz-Optimierung**“ über Kosteneinsparungen bei der HSB vor. Das Ergebnis war, dass Heidelberg über ein im Verhältnis zur Einwohnerzahl zu umfangreiches Fahrplanangebot verfüge und daher Busse und Bahnen schlecht ausgelastet seien. Es wurde vorgeschlagen, sogenannte Parallelverkehre von Straßenbahn- und Buslinien abzubauen und die 5-Minuten-Taktung des Liniennetzes zu reduzieren. Diese „Optimierung“ stellt eine Verschlechterung des Angebots dar - und dies bei einer nur geringen Einsparung von ca. 1,5 bis 2,2 Mio € bei 30 Mio € Defizit der HSB. Eine bis zu 18%ige Ausdünnung des Angebots bei Verschlechterung der Taktzeiten, steigenden Wartezeiten und erzwungenen Umstiegen wäre die Folge und würde Fahrgastverluste mit sich bringen. Unabhängige Sachverständige, der Fahrgastbeirat und die Mehrheit des Gemeinderates sprachen sich daher gegen die Kürzungen der „ÖPNV-Liniennetz-Optimierung“ aus und mahnten eine Beschleunigung des ÖPNV an, u.a. durch Vorrangschaltung an Knotenpunkten sowie eine gleichmäßigere Verteilung der Fahrten.

Schließlich wurde 2011 ein „**Masterplan Mobilitätsnetz**“ vorgelegt, der den Ausbau mehrerer Straßenbahnlinien - z.B. nach Schwetzingen – vorsieht, um auf diesem Weg Zuschüsse für den Neckarufertunnel zu bekommen. Dieser „Masterplan Mobilitätsnetz“ steht im diametralen Gegensatz zur „ÖPNV-Liniennetz-Optimierung“.

Die Erschließung der Altstadt durch eine Straßenbahn ist eine alte Forderung der BÜRGER FÜR HEIDELBERG. Im Vordergrund muss eine Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV stehen, um so die Fahrgasteinnahmen zu steigern. Das Thema wird uns sicher noch weiter beschäftigen, da die Verwaltung im laufenden Jahr voraussichtlich weitere Vorlagen erarbeiten wird, um an Zuschüsse für den Neckarufertunnel zu kommen.

### • Konversion der US-Flächen •

Es ist seit langem bekannt, dass die Soldaten der US-Armee und ihre Familien Heidelberg verlassen werden. Was die Konversion der frei werdenden Flächen für die Stadtentwicklung bedeutet, hat sich eine Arbeitsgruppe der BÜRGER FÜR HEIDELBERG klargemacht: Die US-Flächen, die Heidelberg bald hinzubekommt, sind insgesamt so groß wie die neue Bahnstadt und fast doppelt so groß wie die bebaute Fläche der Altstadt! Hier eröffnen sich jetzt ungeahnte Chancen für Stadtentwicklung und Stadtplanung: Es kann günstigen Wohnraum in bestehenden Gebäuden geben, es können weitere Wohn- und Gewerbebauten entstehen. Neue Arbeitsstellen auf den zukommenden Arealen werden ebenso möglich wie genügend Flächen für Sport, Kultur und (Jugend-)Freizeit. Außerdem kann ein stadtnahes Grüngelände entstehen, z.B. in Form eines Landwirtschaftsparks.

Diese Chancen für Heidelberg rücken jetzt allmählich ins öffentliche Bewusstsein. Die größte Herausforderung für die Zukunftsgestaltung unserer Stadt verlangt unseres Erachtens nach einer gestaltenden Bürgerbeteiligung. Mit der öffentlichen Präsentation ihres Ideen-Konzepts „Heidelberg-Upgrade“ im März 2011 im „da!“ haben die BÜRGER FÜR HEIDELBERG einen ersten Beitrag zu der nun einsetzenden Diskussion geleistet.

#### • Was sonst noch BÜRGER-Themen waren •

◆ Das **Eleonoregrundstück** (7000 qm) in der Handschuhshheimer Mühlalstraße grenzt an das Landschaftsschutzgebiet Bergstraße-Mitte. Nun soll mit einem neuen, vorhabenbezogenen Bebauungsplan der Flächennutzungsplan geändert und für eine dichte Bebauung samt Tiefgarage freigegeben werden. Gegen eine Sanierung der bestehenden Gebäude oder Anbauten im westlichen Bereich ist nichts einzuwenden. Der östliche Teil jedoch ist laut Flächennutzungsplan 2006 eine Fläche zur Landschaftsentwicklung. Zu kritisieren ist u.a., dass die oberen vier Doppelhäuser laut Plan weit in den freizuhaltenden Landschaftsraum hinein geschoben würden und für die Tiefgarage ein Loch in die alte Sandsteinmauer gebrochen werden müsste. Viele Bäume müssten der Bebauung weichen, die Belüftung der angrenzenden Bereiche würde sich durch die Nachverdichtung verschlechtern. Dabei spricht der Umweltplan der Stadt Heidelberg (1999) vom Mühlal als „Kaltluftabfluss- und Sammelbereich“ und als „ökologischem Funktionsbereich“. Auch im Hinblick auf die zahlreichen, in den nächsten Jahren neu hinzukommenden Wohnungen in der Bahnstadt und in den freiwerdenden US-Liegenschaften ist es unverständlich, weshalb ausgerechnet an dieser ökologisch und verkehrstechnisch sensiblen Stelle nachverdichtet werden soll.

◆ Wir halten Kontakt zur „Initiative **Lebendige Bahnhofstraße**“, die erreicht hat, dass der Bebauungsplan für die Neubauten entlang der Kurfürstenanlage geändert wird - Staffelgeschosse und zunehmende Verkehrsbelastungen sollen verhindert werden.

◆ Regelmäßig führen wir Gespräche mit **Bürgermeister Erichson** über unsere Vorstellungen darüber, wie das Leben in der Stadt bürgerfreundlicher werden kann. Wir werden über aktuelle Vorgänge informiert und machen Vorschläge für Verbesserungen.

◆ Im Herbst 2010 kam die Anfrage vom Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz, ob die BÜRGER FÜR HEIDELBERG zum „**Tag des Offenen Denkmals**“ (11.Sept. 2011) einen Beitrag leisten könnten. Die BÜRGER planen, eine Führung zur Geschichte der Theaterstraße und des Theaterplatzes anzumelden. Wir wollen dadurch auf die Bedeutung dieses Platzes aufmerksam machen. Die städtische Planung, ein Kaufhaus an dieser Stelle zu errichten, ist noch immer nicht vom Tisch. Eine Arbeitsgruppe wird sich noch vor dem Sommer zu einer ersten Besprechung treffen. Wer Interesse hat, dabei mitzuarbeiten, ist sehr willkommen.

◆ Des Öfteren wurden die BÜRGER FÜR HEIDELBERG auf das umgebaute **Schosshotel** und die Neubauten an der Stelle der ehemaligen **Villa Giuliani** angesprochen, weil sie von vielen als Schandfleck empfunden werden. „Wo bleibt der Denkmalschutz?“ und „Wie konnte das zugelassen werden?“ wurde immer wieder gefragt. Damit wurde auch der Nutzen der „Gesamtanlagenschutzsatzung Altstadt“ und die Wirksamkeit dieses Beirates in Frage gestellt.

◆ Wir machten das Denkmalamt auf die beunruhigenden „Sanierungsmaßnahmen“ beim denkmalgeschützten Haus **Römerstraße 56** aufmerksam.

Im nächsten Jahr wird der Verein BÜRGER FÜR HEIDELBERG 40 Jahre alt. In der nahen Zukunft gilt es, mehr Mitglieder für aktive Mitarbeit bei den vielen Themen zu gewinnen. Wer bei uns mitarbeiten möchte, ist herzlich willkommen. Den Anfang dazu können Sie beispielsweise auf der Jahreshauptversammlung am 4. Mai 2011 machen.

BÜRGER FÜR HEIDELBERG e.V.

Der Vorstand